
Brian Nickholz
Goethestr. 59
45768 Marl

An
den SPD KV-Vorstand



Dein Ansprechpartner:

Brian Nickholz (Vorsitzender)
Tel. 02365/67263
E-Mail: brian.nickholz@gmail.com
Datum: 06.05.2015

Antrag zum Kreisparteitag Sichere Fluchtwege schaffen

Der SPD-Kreisparteitag am 02.06.2015 möge beschließen:

Sichere Fluchtwege schaffen

bereits am Sonntag, 19.04.2015, erschütterte uns die Nachricht von über 700 Menschen, die im Mittelmeer ertrunken sind. Keine Woche Später sterben weitere 400 Menschen. Seit Beginn dieses Jahres sind es offiziell bereits mehr als 1.600 Tote. Die Dunkelziffer liegt wahrscheinlich deutlich höher. Es handelt sich um ein bereits seit langem bekanntes Problem. Trotzdem findet Europa, finden wir, keine Lösung. Ungläubig und wütend stellen wir uns die Frage: Wann hat diese fortwährende humanitäre Katastrophe ein Ende?

Getrieben von Krieg, Armut, Verfolgung oder Angst um das eigene Leben begeben sich hunderttausende Menschen auf eine ungewisse Reise über das Mittelmeer. In der Hoffnung auf ein besseres Leben in Europa betreten sie - teilweise seeuntaugliche - überfüllte Boote und Schiffe, die man als solche kaum bezeichnen darf. Skrupellose Schlepperbanden nutzen die letzte Hoffnung der Menschen auf ein besseres Leben aus und lassen sie in die Todesfalle „Offenes Meer“ fahren.

Diejenigen Menschen, die es tatsächlich bis nach Europa schaffen, werden in zum Teil menschenunwürdigen Einrichtungen untergebracht. Diese Auffanglager auf Malta, in Griechenland oder Italien ähneln oft eher einem Gefängnis, als einem Zufluchtsort.

Wir als Europäer, die das Privileg haben in einer von Frieden und Sicherheit geprägten Wohlstandsgesellschaft zu leben, dürfen nicht wegschauen, wenn Menschen bei dem Versuch, nach einem ähnlich sicheren Leben zu streben, sterben.

Der SPD Kreisverband Recklinghausen spricht sich daher für die folgenden Punkte aus und setzt sich auf allen Ebenen für diese ein:

- Das ursprünglich italienische Seenotrettungsprogramm „Mare nostrum“ muss von der EU reaktiviert und zu einer europäischen Seenotrettungsoperation ausgeweitet

werden. Humanitäre Hilfe ist wichtiger als die Sicherung der europäischen Außengrenzen. Daher müssen endlich legale und gefahrenfreie Fluchtwege durch die EU geschaffen werden. Die EU darf nicht weiter zusehen wie hilfesuchenden Menschen eben diese nicht gewährt bekommen.

- EU-Staaten wie beispielsweise Großbritannien dürfen sich nicht mehr aus ihrer humanitäre Verantwortung stehlen und müssen endlich Geflüchtete aufnehmen. Nur so kann der andauernde Flüchtlingsstrom im Zuge der Solidarität, gemeinsam bewältigt werden.
- Die Dublin-Regelung muss reformiert werden: Geflüchtete müssen auch für die Zeit des Asylverfahrens auf die europäischen Staaten verteilt werden. Zustände wie in den Auffanglagern auf Lampedusa sind unzumutbar und nicht mit der Menschenwürde vereinbar. Gleichzeitig muss die Integration der Menschen gefördert werden. Integration muss vor Beginn eines Asylverfahrens, am Tag der Ankunft, beginnen. □ Langfristig müssen die europäischen Staaten und die Europäische Union darauf hinwirken, dass sich die Lebensbedingungen in den Herkunftsländern der Geflüchteten verbessern, um den Ursachen der Flucht entgegenzuwirken.
- Ein stringentes, geordnetes und rechtsstaatliches Asylverfahren, soll den Asylsuchenden dazu verhelfen zeitnah Klarheit über ihren Aufenthaltsstatus zu erlangen. Es darf nicht dazu dienen die Abschiebung von Hilfesuchenden zu beschleunigen. Wir widersprechen daher, der Forderung der Landräte und Oberbürgermeister*innen, die sich gegen eine Einzelfallprüfung und für ein Außerachtlassen des Zusammenbleibens von Familien aussprechen.

Mit solidarischen Grüßen

Brian Nickholz
Juso-KV Vorsitzender

Paula Hansen
Stellv. Juso-KV Vorsitzende

Shoaiub Nazir
Stellv. Juso-KV Vorsitzender
